

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Keine Zwangsverpflichtung zur „Flüchtlingsbetreuung“ für Jugendliche

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag lehnt den von den CDU-Politikern Rehberg und Caffier vorgeschlagenen einjährigen Zwangsdienst für Jugendliche ab, der der Bewältigung der Flüchtlingskrise dienen soll.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg, hat kürzlich ein einjähriges Pflichtjahr für Jugendliche gefordert.

In der Ostseezeitung vom 03.11.2015 sagte er: „Wir brauchen die Dienstpflicht. Anders werden wir den Zufluss an Flüchtlingen und deren Integration nicht bewältigen.“ Die Belastungsgrenze für die meisten Helfer sei längst überschritten. Jungen und Mädchen sollten nach der Schule vor die Wahl gestellt werden, entweder ein Jahr zur Bundeswehr zu gehen oder ein soziales Jahr abzuleisten. Das würde in vielen gesellschaftlichen Bereichen Entspannung bringen. Dem pflichtete der Landesinnenminister Caffier bei, der dieses Pflichtjahr für eine „reine Notmaßnahme angesichts der drohenden humanitären Flüchtlingskatastrophe und den wachsenden Verpflichtungen der Bundeswehr im In- und Ausland“ hält.

Jugendliche zu zwingen, bei der massiven Überfremdung Deutschlands mitzuhelfen, ist ideologischer Missbrauch und kommt einer Wiedereinrichtung einer auf Linientreue ausgerichteten Staatsjugend gleich. Die vorgeschlagene Alternative - der Dienst in der Bundeswehr - ist keine, weil auch schon heute Soldaten zu Dienstleistungen für Asylanten befohlen werden.